Beck'sche Kurz-Kommentare

Band 18

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Begründet von

Dr. Erich Göhler
(1. bis 12. Auflage)

Fortgeführt von

Dr. Franz Gürtler
Vorsitzender Richter
am Oberlandesgericht München

Dr. Helmut Seitz
Ministerialdirigent
im Bayerischen Staatsministerium
der Justiz

Dr. Martin Bauer
Regierungsdirektor
im Bayerischen Staatsministerium
der Justiz

17., neu bearbeitete Auflage
2017

C.H.BECK

Hinweise zur Benutzung des Kommentars

Im Kommentar sind den einzelnen Abschnitten Vorbemerkungen vorangestellt, die einen systematischen Überblick geben sowie grundsätzliche Fragen behandeln. Solche übergreifenden Erläuterungen sind auch bei oder vor einzelnen Paragraphen aufgenommen. Dadurch soll den Bedürfnissen der Praxis, aber auch denen der Rechtswissenschaft und der Studierenden, systematisch geordnete Zusammenhänge zu erfassen, weitgehend Rechnung getragen werden. Im Einzelnen werden folgende Hinweise gegeben, die für die Benutzung des Kommentars hilfreich sein können:

1. **Die Entwicklung des OWi-Rechts** bis zum geltenden OWiG v. 24.5.1968 und die danach vorgenommenen wesentlichen Änderungen sind in der Einleitung unter Angabe der Gesetzesmaterialien aufgezeigt.
2. **Die rechtsdogmatischen Fragen zum Wesen der OWi** und der Geldbuße, zur tatbestandsmäßigen, rechtswidrigen und vorwerfbaren Handlung, zur Abgrenzung der OWi von der Straftat uä sind in den Vorbemerkungen vor § 1 behandelt.
3. **Die sinngemäße Anwendung der Vorschriften über das Strafverfahren,** die für das Verfahren der VB und des Gerichts gelten, ist zu § 46 im Grundsätzlichen erörtert.
4. **Das Bußgeldverfahren vor der VB** ist systematisch zusammenfassend vor § 59 dargestellt.
5. **Die Regelungen für die Anhörung des Betroffenen** und die damit zusammenhängenden Fragen (z. B. Belehrungspflichten; Verwertungsverbote von Aussagen uä) sind zu § 55 aufgezeigt.
6. **Die Regelungen über Zeugenvernehmungen,** die auch in das gerichtliche Verfahren hineinreichen, sind zu § 59 erläutert.
7. **Die Vorschriften über die Verteidigung** sind, auch soweit sie für das gerichtliche Verfahren von Bedeutung sind, zu § 60 kommentiert.
8. **Die in gerichtlichen Verfahren nach Einspruch** anzuwendenden StPO-Vorschriften sind vor § 67 behandelt, die für die Hauptverhandlung geltenden StPO-Vorschriften zu § 71.
9. **Die allgemeinen Vorschriften über Rechtsmittel** im gerichtlichen Verfahren sind vor § 79 erörtert.
10. **Die Kostenvorschriften der StPO** (und des JGG), die im Bußgeldverfahren der VB, der StA und im gerichtlichen Verfahren sinngemäß gelten, sind vor § 105 systematisch erläutert. Die spezielle kostenrechtliche Regelung des § 25 a StVG (Kostentragungspflicht des Kfz-Halters) ist vor § 109 a kommentiert.

Inhalt

Abkürzungen XXI
Tabelle der Änderungen des OWiG XLIX
Einleitung 1

Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG)

Erster Teil. Allgemeine Vorschriften

Erster Abschnitt. Geltungsbereich 36
§ 1 Begriffsbestimmung 36
§ 2 Sachliche Geltung 39
§ 3 Keine Ahndung ohne Gesetz 41
§ 4 Zeitliche Geltung 50
§ 5 Räumliche Geltung 59
§ 6 Zeit der Handlung 62
§ 7 Ort der Handlung 63

Zweiter Abschnitt. Grundlagen der Ahndung
§ 8 Begehen durch Unterlassen 68
§ 9 Handeln für einen anderen 71
§ 10 Vorsatz und Fahrlässigkeit 90
§ 11 Irrtum 100
§ 12 Verantwortlichkeit 117
§ 13 Versuch 121
§ 14 Beteiligung 124
§ 15 Notwehr 134
§ 16 Rechtfertigender Notstand 136

Dritter Abschnitt. Geldbuße
§ 17 Höhe der Geldbuße 144
§ 18 Zahlungserleichterungen 182

Vierter Abschnitt. Zusammentreffen mehrerer Gesetzesverletzungen 183
§ 19 Tateinheit 198
§ 20 Tatmehrheit 200
§ 21 Zusammentreffen von Straftat und Ordnungswidrigkeit 201

Fünfter Abschnitt. Einziehung 208
§ 22 Voraussetzungen der Einziehung 212
§ 23 Erweiterte Voraussetzungen der Einziehung 218
§ 24 Grundsatz der Verhältnismäßigkeit 221
§ 25 Einziehung des Wertersatzes 225
§ 26 Wirkung der Einziehung 230
§ 27 Selbständige Anordnung 232

Inhalt

§ 28 Entschädigung ... 234
§ 29 Sondervorschrift für Organe und Vertreter ... 238

Sechster Abschnitt. Verfall; Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen ... 240

§ 29 a Verfall ... 248
§ 30 Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen 260

Siebenter Abschnitt. Verjährung ... 285

§ 31 Verfolgungsverjährung ... 288
§ 32 Ruhen der Verfolgungsverjährung ... 295
§ 33 Unterbrechung der Verfolgungsverjährung ... 298
§ 34 Vollstreckungsverjährung ... 331

Zweiter Teil. Bußgeldverfahren

Erster Abschnitt. Zuständigkeit zur Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten ... 333

§ 35 Verfolgung und Ahndung durch die Verwaltungsbehörde ... 333
§ 36 Sachliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde ... 336
§ 37 Örtliche Zuständigkeit der Verwaltungsbehörde ... 340
§ 38 Zusammenhängende Ordnungswidrigkeiten ... 343
§ 39 Mehrfache Zuständigkeit ... 344
§ 40 Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft ... 348
§ 41 Abgabe an die Staatsanwaltschaft ... 350
§ 42 Übernahme durch die Staatsanwaltschaft ... 353
§ 43 Abgabe an die Verwaltungsbehörde ... 357
§ 44 Bindung der Verwaltungsbehörde ... 360
§ 45 Zuständigkeit des Gerichts ... 361

Zweiter Abschnitt. Allgemeine Verfahrensvorschriften

§ 46 Anwendung der Vorschriften über das Strafverfahren ... 362
§ 47 Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten ... 378
§ 48 *(aufgehoben)*
§ 49 Akteneinsicht des Betroffenen und der Verwaltungsbehörde ... 395
§ 49 a Verfahrensübergreifende Mitteilungen von Amts wegen ... 398
§ 49 b Verfahrensübergreifende Mitteilungen auf Ersuchen; sonstige Verwendung von Daten für verfahrensübergreifende Zwecke ... 407
§ 49 c Dateiregelungen ... 410
§ 49 d Mitteilungen bei Archivierung mittels Bild- und anderen Datenträgern ... 413
§ 50 Bekanntmachung von Maßnahmen der Verwaltungsbehörde ... 414
§ 51 Verfahren bei Zustellungen der Verwaltungsbehörde ... 418
§ 52 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand ... 440

Dritter Abschnitt. Vorverfahren ... 458

I. Allgemeine Vorschriften

§ 53 Aufgaben der Polizei ... 458
§ 54 *(weggefallen)*
§ 55 Anhörung des Betroffenen ... 465

Inhalt

II. Verwarnungsverfahren 475

§ 56 Verwarnung durch die Verwaltungsbehörde 477
§ 57 Verwarnung durch Beamte des Außen- und Polizeidienstes 489
§ 58 Ermächtigung zur Erteilung der Verwarnung 492

III. Verfahren der Verwaltungsbehörde 494

§ 59 Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen 551
§ 60 Verteidigung 575
§ 61 Abschluss der Ermittlungen 598
§ 62 Rechtsbehelf gegen Maßnahmen der Verwaltungsbehörde 599

IV. Verfahren der Staatsanwaltschaft

§ 63 Beteiligung der Verwaltungsbehörde 610
§ 64 Erstreckung der öffentlichen Klage auf die Ordnungswidrigkeit 613

Vierter Abschnitt. Bußgeldbescheid 614

§ 65 Allgemeines 617
§ 66 Inhalt des Bußgeldbescheides 617

Fünfter Abschnitt. Einspruch und gerichtliches Verfahren 641

I. Einspruch

§ 67 Form und Frist 648
§ 68 Zuständiges Gericht 664
§ 69 Zwischenverfahren 670
§ 70 Entscheidung des Gerichts über die Zulässigkeit des Einspruchs 683

II. Hauptverfahren 685

§ 71 Hauptverhandlung 687
§ 72 Entscheidung durch Beschluss 724
§ 73 Anwesenheit des Betroffenen in der Hauptverhandlung 745
§ 74 Verfahren bei Abwesenheit 753
§ 75 Teilnahme der Staatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung 772
§ 76 Beteiligung der Verwaltungsbehörde 774
§ 77 Umfang der Beweisaufnahme 780
§ 77a Vereinfachte Art der Beweisaufnahme 792
§ 77b Absehen von Urteilsgründen 799
§ 78 Weitere Verfahrensvereinfachungen 802

III. Rechtsmittel 805

§ 79 Rechtsbeschwerde 809
§ 80 Zulassung der Rechtsbeschwerde 838
§ 80a Besetzung der Bußgeldsenate der Oberlandesgerichte 857

Sechster Abschnitt. Bußgeld- und Strafverfahren 859

§ 81 Übergang vom Bußgeld- zum Strafverfahren 859
§ 82 Bußgelderkenntnis im Strafverfahren 867
§ 83 Verfahren bei Ordnungswidrigkeiten und Straftaten 876

Siebenter Abschnitt. Rechtskraft und Wiederaufnahme des Verfahrens 880

§ 84 Wirkung der Rechtskraft 880
§ 85 Wiederaufnahme des Verfahrens 887
§ 86 Aufhebung des Bußgeldbescheides im Strafverfahren 894

Inhalt

Achter Abschnitt. Verfahren bei Anordnung von Nebenfolgen oder der Festsetzung einer Geldbuße gegen eine juristische Person oder Personenvereinigung 899
§ 87 Anordnung von Einziehung und Verfall 901
§ 88 Festsetzung der Geldbuße gegen juristische Personen und Personenvereinigungen 917

Neunter Abschnitt. Vollstreckung der Bußgeldentscheidungen 922
§ 89 Vollstreckbarkeit der Bußgeldentscheidungen 930
§ 90 Vollstreckung des Bußgeldbescheides 932
§ 91 Vollstreckung der gerichtlichen Bußgeldentscheidung 943
§ 92 Vollstreckungsbehörde 945
§ 93 Zahlungserleichterungen 945
§ 94 Verrechnung von Teilbeträgen 948
§ 95 Beitreibung der Geldbuße 949
§ 96 Anordnung von Erzwingungshaft 951
§ 97 Vollstreckung der Erzwingungshaft 960
§ 98 Vollstreckung gegen Jugendliche und Heranwachsende 963
§ 99 Vollstreckung von Nebenfolgen, die zu einer Geldzahlung verpflichten 972
§ 100 Nachträgliche Entscheidungen über die Einziehung 974
§ 101 Vollstreckung in den Nachlass 975
§ 102 Nachträgliches Strafverfahren 975
§ 103 Gerichtliche Entscheidung 977
§ 104 Verfahren bei gerichtlicher Entscheidung 981

Zehnter Abschnitt. Kosten 984
I. Verfahren der Verwaltungsbehörde 1027
§ 105 Kostenentscheidung 1027
§ 106 Kostenfestsetzung 1028
§ 107 Gebühren und Auslagen 1031
§ 108 Rechtsbehelf und Vollstreckung 1045
II. Verfahren der Staatsanwaltschaft
§ 108 a 1048
III. Verfahren über die Zulässigkeit des Einspruchs
§ 109 1051
IV. Auslagen des Betroffenen 1053
§ 109 a 1065

Elfter Abschnitt. Entschädigung für Verfolgungsmaßnahmen
§ 110 1071

Zwölfter Abschnitt. Elektronische Dokumente und elektronische Aktenführung 1080
§ 110 a Erstellung und Einreichung formgebundener und anderer elektronischer Dokumente bei Behörden und Gerichten 1081
§ 110 b Elektronische Aktenführung 1085
§ 110 c Erstellung elektronischer Dokumente durch Behörden und Gerichte und Zustellung an die Staatsanwaltschaft 1090

Inhalt

§ 110 d Aktenausdruck, Akteneinsicht und Aktenübersendung 1092
§ 110 e Durchführung der Beweisaufnahme 1094

Dritter Teil. Einzelne Ordnungswidrigkeiten

Erster Abschnitt. Verstöße gegen staatliche Anordnungen 1096
§ 111 Falsche Namensangabe 1096
§ 112 Verletzung der Hausordnung eines Gesetzgebungsorgans 1104
§ 113 Unerlaubte Ansammlung 1106
§ 114 Betreten militärischer Anlagen 1110
§ 115 Verkehr mit Gefangenen 1112

Zweiter Abschnitt. Verstöße gegen die öffentliche Ordnung 1117
§ 116 Öffentliche Aufforderung zu Ordnungswidrigkeiten 1117
§ 117 Unzulässiger Lärm 1122
§ 118 Belästigung der Allgemeinheit 1128
§ 119 Grob anstößige und belästigende Handlungen 1134
§ 120 Verbotene Ausübung der Prostitution; Werbung für Prostitution 1143
§ 121 Halten gefährlicher Tiere 1148
§ 122 Vollrausch 1151
§ 123 Einziehung; Unbrauchbarmachung 1155

Dritter Abschnitt. Missbrauch staatlicher oder staatlich geschützter Zeichen
§ 124 Benutzen von Wappen oder Dienstflaggen 1158
§ 125 Benutzen des Roten Kreuzes oder des Schweizer Wappens 1161
§ 126 Mißbrauch von Berufstrachten oder Berufsabzeichen 1163
§ 127 Herstellen oder Verwenden von Sachen, die zur Geld- oder Urkundenfälschung benutzt werden können 1164
§ 128 Herstellen oder Verbreiten von papiergeldähnlichen Drucksachen oder Abbildungen 1171
§ 129 Einziehung 1173

Vierter Abschnitt. Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen
§ 130 1174

Fünfter Abschnitt. Gemeinsame Vorschriften
§ 131 1197

Vierter Teil. Schlussvorschriften

§ 132 Einschränkung von Grundrechten 1201
§ 133 Übergangsvorschriften 1201
§ 134 *(aufgehoben)* 1202
§ 135 *(Inkrafttreten)* 1202

Inhalt

Anhang

A. Ergänzende Vorschriften des Bundesrechts

1. **Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch** (Auszug) 1203
1a. **Einigungsvertrag** (Auszug) 1205
2. **Strafprozessordnung** (Auszug) 1208
3. **Jugendgerichtsgesetz** (Auszug) 1308
3a. **Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz** (Auszug) 1318
4. **Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen** (Auszug) 1326
5. **Verwaltungszustellungsgesetz** (Auszug) 1329
6. **Verwaltungskostengesetz** (Auszug) 1334
7–9. *freibleibend*
10. **Abgabenordnung** (Auszug) 1334
11. **Straßenverkehrsgesetz** (Auszug) 1347
11a. **Bußgeldkatalog-Verordnung** (Auszug) 1356
12. **Wirtschaftsstrafgesetz 1954** (Auszug) 1359
13. **Außenwirtschaftsgesetz** (Auszug) 1361
14. **Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen** (Auszug) 1363
15. **Gesetz über den Schutz der Truppen des Nordatlantikpaktes durch das Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht (NATO-Truppen-Schutzgesetz)** (Auszug) 1368
16. **Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren** (Auszug) 1369
17. **Telemediengesetz** (Auszug) 1382
18. **Bekanntmachung zum Abbau der Grenzkontrollen Benelux-Staaten/Deutschland/Frankreich** vom 19.12.1995 (Auszug) 1387
19. **Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen** (Auszug) 1392

B. Ergänzende Vorschriften des Landesrechts

Baden-Württemberg

1a. Landesordnungswidrigkeitengesetz (LOWiG) 1401
1b. Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiZuVO) 1404
1c. Zuständigkeitsverordnung Justiz (ZuVOJu) 1411

Bayern

2a. Landesstraf- und Verordnungsgesetz (LStVG) 1412
2b. Zuständigkeitsverordnung (ZustV) 1413
2c. Gerichtliche Zuständigkeitsverordnung Justiz (GZVJu) 1417

Berlin

3. ZuständigkeitsVO-OWiG 1418

Brandenburg

4a. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (AGOWiG) 1419

Inhalt

4 b. Verkehrsordnungswidrigkeitenzuständigkeitsverordnung (VOWiZustV) 1421
4 c. Ordnungswidrigkeitenzuständigkeitsverordnung (OWiZustV) 1422
4 d. Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten und Zuständigkeitskonzentrationen (Gerichtszuständigkeits-Verordnung – GerZV) 1423

Bremen

5 a. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (EGOWiG) 1423
5 b. Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 23, 24 und 24 a des Straßenverkehrsgesetzes vom 21.7.1980 1424
5 c. Verordnung über die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten 1424
5 d. VO über die Zuständigkeit der Amtsgerichte nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten 1429

Hamburg

6 a. Anordnung zur Neuregelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts 1430
6 b. Anordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten 1431
6 c. Verordnung über die örtliche Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldsachen auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts 1434

Hessen

7 a. Finanzausgleichsgesetz (FAG) 1435
7 b. Verordnung zur Bestimmung straßenverkehrsrechtlicher Zuständigkeiten 1435
7 c. Justizzuständigkeitsverordnung (JuZuV) 1437
7 d. Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport (OWiZustVO-MdlS) 1438

Mecklenburg-Vorpommern

8 a. Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Dritten Teil des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG-ZustVO) 1439
8 b. Landesverordnung zur Bestimmung der zuständigen Behörden auf dem Gebiet des Straßenverkehrswesens (Straßenverkehrs-Zuständigkeitsverordnung – StVZzustLVO M-V) 1439

Niedersachsen

9 a. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten 1442
9 b. Verordnung über sachliche Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (ZustVO-OWi) 1443
9 c. Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten in der Gerichtsbarkeit und der Justizverwaltung (ZustVO-Justiz) 1449

Inhalt

Nordrhein-Westfalen

10 a. Anpassungsgesetz (AnpG. NW.) 1450
10 b. Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten zuständigen Verwaltungsbehörden 1450
10 c. Verordnung zur Bestimmung der für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Dritten Teil des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten und nach dem Vierten Strafrechtsänderungsgesetz zuständigen Verwaltungsbehörden ... 1451
10 d. Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Strafsachen gegen Erwachsene, in Jugendstrafsachen, in Bußgeldverfahren und Abschiebungshaftsachen (Zuständigkeitsverordnung Amtsgerichte Strafsachen – ZustVO AG Straf) 1452

Rheinland-Pfalz

11 a. Erstes Landesgesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften (1. LStrafÄndG)) 1455
11 b. Landesverordnung über die Zuständigkeit der allgemeinen Ordnungsbehörden 1456
11 c. Landesverordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts 1457
11 d. Landesverordnung über die gerichtliche Zuständigkeit in Strafsachen und Bußgeldverfahren 1458

Saarland

12 a. Gesetz zur Kommunalisierung unterer Landesbehörden (KombLbG) 1460
12 b. Straßenverkehrszuständigkeitsgesetz 1460
12 c. Verordnung zur Übertragung und Änderung von Zuständigkeiten 1462

Sachsen

13 a Sächsisches Ordnungswidrigkeitengesetz (SächsOWiG) 1462
13 b. Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG-ZuVO) 1464
13 c. Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über die Organisation der Justiz (Sächsische Justizorganisationsverordnung – SächsJOrgVO) 1477

Sachsen-Anhalt

14 a. Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (AG OWiG) 1477
14 b. Verordnung über sachliche Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten (ZustVO OWi) 1478
14 c. Verordnung über die gerichtliche Zuständigkeit bei Einsprüchen gegen Bußgeldbescheide auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts 1482

Schleswig-Holstein

15 a. Ordnungswidrigkeiten-Zuständigkeitsverordnung (OWi-ZustVO) 1483

Inhalt

15 b. Landesverordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten nach dem Straßenverkehrsgesetz 1508

Thüringen

16 a. Thüringer Verordnung zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Thüringer Innenministerium 1509
16 b. Thüringer Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 115 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten 1509
16 c. Thüringer Verordnung über Zuständigkeiten für die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten 1510
16 d. Thüringer Verordnung über gerichtliche Zuständigkeiten in der ordentlichen Gerichtsbarkeit (ThürGerZustVO) 1511

Sachverzeichnis 1513